

DIESE GRÜNEN!

Verwaltung bittet zur Kasse

■ Kostenlose Mittagsverpflegung gestrichen



Die Stadtverwaltung hat am Montag, den 20.11.2006, eine Vorlage zur Finanzierung der Offenen Ganztagschulen und Tageseinrichtungen für Kinder in Wuppertal präsentiert. Weil die schwarz-gelbe Landesregierung weniger Zuschüsse für Ganztagschulen und Kindergärten zahlt, reagierte die Verwaltung mit einer Liste von Einsparmaßnahmen. Der Rat der Stadt wird am 18. Dezember über die Vorschläge abstimmen. Nach Auffassung der GRÜNEN handelt es sich hierbei um eine Mischung verschiedener Streichvorschläge ohne Umsetzungskonzepte. Wir erläutern die wichtigsten vier Einsparmaßnahmen.

Kostenloses Mittagessen gestrichen

Im letzten Jahr wurde auf Initiative der GRÜNEN die Befreiung von Kosten für Mittagsverpflegung für Kinder von ALG II-EmpfängerInnen eingeführt. Dieser Beschluss wurde in der Sitzung des Rates im Juni 2005 von CDU, SPD, GRÜNEN, FDP und WfW gefasst. Die Verwaltung schlägt jetzt die Streichung des Beschlusses vor. Dieser Vorschlag ist für die GRÜNEN nicht akzeptabel. Er ignoriert bestehende Ratsbeschlüsse und setzt die falschen Prioritäten. Für das kostenfreie Mittagessen an Ganztagschulen würden insgesamt 580.000 Euro benötigt. Das Essen für bedürftige Kinder soll jetzt über einen Sozial-

fonds finanziert werden. Die Stadt will nur 100.000 Euro beisteuern. Der Rest des noch benötigten Geldes soll durch Spenden eingeworben werden. Wie das Ziel erreicht werden soll, wird nicht erläutert. Die GRÜNEN halten das für ein Ablenkungsmanöver, das nicht zum Ziel führen wird. Zukünftig kann der finanzielle Status der Eltern am Mensa-Teller der Kinder abgelesen werden. Wenn der CDU-Fraktionsvorsitzende Simon das als „deutlich christdemokratische Handschrift“ bezeichnet, spricht das für sich. Auch die SPD muss sich fragen lassen, ob sie das noch für sozial hält.

Schließung des Standortes Fuhlrott-Museum

Die Verwaltung plant, das Fuhlrott-Museum während der Umbauphase des Gebäudes Auer Schulstraße zu schließen, damit Volkshochschule und Medienzentrum mehr Platz erhalten. Für das Museum soll ein neuer Standort gefunden werden. Auch hier wird kein Konzept, kein Plan vorgelegt. Die GRÜNEN befürchten, dass mit diesem Manöver die endgültige Schließung des Museums beabsichtigt ist. Wir wollen den Bestand des Fuhlrott-Museums jedoch langfristig sichern. Das Fuhlrott-Museum beherbergt eine über Wuppertals Grenzen hinaus bedeutende umfangreiche naturkundliche Sammlung, deren Erhalt, Pflege und Präsentation auch in Zukunft gewährleistet sein muss.

Der erst vor einem Jahr vom Rat der Stadt beschlossene Bestandschutz für das Museum muss aufrechterhalten werden. Das Fuhlrott-Museum kann daher erst dann aus dem Gebäude Auer Schulstraße ausziehen, wenn andere geeignete Räumlichkeiten, wie z.B. ein leerstehendes Fabrikgebäude, für eine längerfristige Unterbringung gefunden sind. Falls dies nicht gelingt, muss das Fuhlrott-Museum auch während des Umbaus am alten Standort geöffnet bleiben. Die Zoo-Säle wären langfristig eine sehr gute Lösung, könnten jedoch frühestens ab 2012 zur Verfügung stehen. Bis dahin das Museum schließen zu wollen, bedeutet, es auf kaltem Wege abzuservieren.



Bestimmte Dinge muss man sich verdienen.

Elternbeiträge für Kinderbetreuung

Die Verwaltung schlägt vor, zur Finanzierung der Kinderbetreuung eine weitere Entgeltstufe für Eltern mit hohem Einkommen einzuführen. Die müssen dann bis zu 150 Euro im Monat mehr zahlen. Die GRÜNE Fraktion glaubt nicht, dass dadurch etwas gewonnen wird. Sie befürchtet, dass sich diese Eltern aus der öffentlichen Kinderbetreuung zurückziehen und ihre Kinder privat unterbringen werden. Dadurch wird das bisherige soziale Gefüge in den Betreuungseinrichtungen in eine deutliche Schiefelage gebracht.

Weniger Geld für die Wuppertaler Bühnen

Die Verwaltung schlägt vor, die städtischen Zuschüsse für die Bühnen um jährlich 500.000 Euro zu kürzen. Zur Zeit können die Bühnen diese Einsparung der Betriebskosten verkraften. Die Summe kann aber nur bereit gestellt werden, weil durch die Umbaumaßnahmen nur eine Spielstätte zur Verfügung steht: erst das Schauspielhaus, dann das Opernhaus. Ab 2010 sind beide Häuser wieder geöffnet, dann wird das Geld dringend benötigt. Die GRÜNEN halten es für unwahrscheinlich, dass die Kürzungen dann zurückgenommen werden. Es wird zu gravierenden strukturellen Einschnitten kommen.



Guten Tag!

Liebe Leserinnen und Leser,

auch mit der vierten Ausgabe der GRÜNEN Fraktionszeitung in diesem Jahr möchten wir Sie wieder über die wichtigsten politischen Planungen und Entscheidungen in Wuppertal informieren. Die schwarz/gelb geführte Landesregierung bürdet den Kommunen immer weiter zusätzliche Lasten auf. Allein die Kürzung der Zuschüsse für die Tageseinrichtungen für Kinder macht für Wuppertal ein Minus von 1,9 Mio. Euro aus. Die schwarz/rot geführte Mehrheit im Tal bittet deshalb zur Kasse und streicht z.B. das kostenlose Mittagessen für bedürftige Kinder an Ganztagschulen. Wir informieren Sie über die Auswirkungen der rotschwarzen Kooperation auf die Politik, über die Sanierung der Schwimmooper und viele weitere Themen. Wir wünschen Ihnen frohe Festtage und ein erfolgreiches und gesundes Jahr 2007.

Ihr Redaktionsteam

AUS DEM INHALT

Seite 2
Eduard von der Heydt Preis

Seite 3
Die Bezirksvertretung Elberfeld

Seite 6
Integrationstour der Bundestagsfraktion

Seite 6
Kinderschutz

Seite 7
Schwimmooper

Umstrittener Eduard von der Heydt-Preis

Rat muss sich
der Diskussion stellen

Als die Mehrheit der Wuppertaler Stadtverordneten 1957 den Kulturpreis der Stadt Wuppertal in „Eduard-von-der-Heydt-Preis“ umbenannte, lebte sein neuer Namensgeber noch. Bereits 1952 wurde er zum Ehrenbürger ernannt.

Wir wissen heutzutage nicht mehr viel über das Zustandekommen dieser Auszeichnungen. Mit Sicherheit aber drückten die Stadtväter und -mütter dem bedeutenden Kunstmäzen ihre Dankbarkeit für dessen Großzügigkeit aus, vermachte er doch seiner Heimatstadt eine umfangreiche und wertvolle Kunstsammlung. 1961 wurde das Museum nach der alteingesessenen Wuppertaler Bankiersfamilie von der Heydt benannt. Denn schon Eduards Vater August von der Heydt stiftete dem Museum kurz nach seiner Eröffnung im Jahre 1902 die ersten Kunstwerke.

Eine Diskussion um Eduard von der Heydt und seine Rolle während des Dritten Reiches ist nun aufgeflammt. Denn die jüngste Vergangenheit brachte weitere Details über seine Rolle während der Nazi-Diktatur ans Licht der Öffentlichkeit. Der oft als Mitläufer Bezeichnete war im Grunde genommen eines der vielen aktiven Rädchen im Getriebe, die das Funktionieren der Naziherrschaft erst möglich machten. Und als Bankier war von der Heydt aktiv. Gesicherten Erkenntnissen zufolge liefen über ihn und seine Bank verdeckte Zahlungen in Millionenhöhe an im Ausland tätige deutsche Geheimagenten. Er war an zwielichtigen Gold- und Devisengeschäften beteiligt und hatte enge Kontakte zu Nazigrößen wie Reichsmarschall Hermann Göring.

Die Forderung einer Umbenennung des mit Steuergeldern dotierten Kulturpreises steht nun im Raum, auch unterstützt von einigen Preisträgerinnen. Gegner einer Umbenennung,

wie Oberbürgermeister Jung, halten allein die Diskussion für „unerträglich“.

Die GRÜNEN haben bereits im Februar 2006 deutlich gemacht, dass eine schnelle Umbenennung zu einfach wäre. Wir müssen uns mit der Person Eduard von der Heydts, aber auch mit unserer eigenen Geschichte insgesamt weiter auseinandersetzen, um entscheiden zu können.

Nicht nur die Benennung des Kulturpreises muss neu gewertet werden, auch alte Straßennamen, Inhalte von Inschriften und andere Relikte der Vergangenheit gehören umfangreich auf den Prüfstein. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN begrüßt die laufende Diskussion, die in LeserInnenbriefen und Online-Foren ebenso stattfindet wie in der Else-Lasker-Schüler-Gesellschaft und in der Stadtverwaltung. Überraschend verkündete Kulturdezernentin Marlis Drevermann jüngst, dass die Stadt schon seit Monaten über die Vergangenheit Eduard von der Heydts forsche. In der Begegnungsstätte Alte Synagoge wird auf Initiative der GRÜNEN und der SPD am 10. Februar 2007 eine Tagung stattfinden. Historiker werden über den neuesten Stand der Forschung zu Eduard von der Heydt referieren.

Alle Interessierten haben die Gelegenheit, sich über das Leben und Wirken Eduard von der Heydts zu informieren. Darüber hinaus ist ein Schülerprojekt zu dem Thema in Planung. Der Kreisverband der GRÜNEN wird gemeinsam mit der Linkspartei PDS im März 2007 eine Veranstaltung über zweifelhafte Relikte der (Nazi-)Vergangenheit in Wuppertal durchführen.

Eine intensive Auseinandersetzung wird helfen, Entscheidungen zu treffen. Schon jetzt wird deutlich, dass der Rat der Stadt nicht umhinkommen wird, sich erneut mit dem Kulturpreis zu beschäftigen und die Notwendigkeit einer Umbenennung abzuwägen, gerade auch mit Rücksicht auf die zukünftigen PreisträgerInnen.

Unser Team – vorgestellt heute:

■ Gerta Siller



Mit Peter Vorsteher zusammen ist sie die Frau an unserer Fraktionsspitze, seit Beginn der Ratsperiode 2004 Fraktionssprecherin und darüber hinaus Bezirksvertreterin in Elberfeld. Die politischen Themenfelder der Juristin und ehemaligen Krankenschwester sind ausgesprochen vielfältig und so ist sie fast jeden Tag in Sachen Kommunalpolitik unterwegs. Neben ihrem Beruf als wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der Landtagsfraktion der GRÜNEN in Düsseldorf hält sie auch die Wuppertaler Politik ganz schön auf Trapp. Als Vorsitzende des Gleichstellungsausschusses pflegt sie einen engen Kontakt zur Gleichstellungsstelle und

zu den Frauenverbänden. Als Frau der Tat ist es für sie selbstverständlich, mit anderen GRÜNEN Spendengelder für ein neues Frauenhaus einzuwerben und gleichzeitig die WuppertalerInnen für den Kampf gegen Gewalt an Frauen zu sensibilisieren.

Aber nicht nur Frauen können auf sie zählen, auch die Männer der Feuerwehr kennen Gerta Siller als engagierte Politikerin im Ausschuss für Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit. Ob Brandschutzbedarfsplan oder die Arbeit des Kommunalen Ordnungsdienstes, kritisch begleitet sie die städtischen Aktivitäten in diesem Bereich und mischt sich

ein. Als ehrenamtliche Kommunalpolitikerin und Sprecherin der GRÜNEN Ratsfraktion tätig zu sein, bietet aber sehr viel mehr Aufgaben. Wenn die BürgermeisterInnen verhindert sind, vertritt sie den Oberbürgermeister wie z.B. bei der Eröffnung des Obstwiesenfestes oder der Begrüßung der Schiedsleute aus NRW, die in Wuppertal eine Tagung abhielten. Zusammen mit ihrem Sprecherkollegen pflegt sie den Austausch zu den anderen Fraktionen im Rat sowie den regelmäßigen Kontakt zum Oberbürgermeister. Hier nimmt sie die Gelegenheit wahr, Wuppertaler Probleme und GRÜNE Ideen direkt anzusprechen und Lösungswege zu eruieren. Ein weiteres Feld, das sie leidenschaftlich – auch über Wuppertals Grenzen hinweg – beackert, ist die Lesben- und Schwulenpolitik. Dass sie aktiv am Christopher-Street-Day in Wuppertal teilnimmt, ist für sie selbstverständlich. Wo immer möglich, setzt sie sich für die Rechte von Lesben und Schwulen ein und hat an den gesetzlichen Regelungen für die „Eingetragenen Lebenspartnerschaften“ auf Landesebene maßgeblich mitgestaltet. Ob auf Landes- oder auf kommunaler Ebene, durch ihre direkte Art ist sie eine gerngesehene Mitstreiterin.

„Ich fühle mich in der Wuppertaler Kommunalpolitik sehr wohl, obwohl es manchmal einfach zum Haare raufen ist, mit welcher Arroganz der Macht zur Zeit im Rathaus Politik betrieben wird“, so muss Gerta Siller auch schon einmal Luft ablassen. „CDU und SPD meinen ja, sie könnten Politik hinter verschlossenen Türen betreiben. Aber das machen wir nicht mit und sorgen dafür, dass die wichtigen Themen unserer Stadt auch in aller Öffentlichkeit diskutiert werden.“ Über ihre Arbeit in der Bezirksvertretung Elberfeld lesen Sie auf Seite 3. Kontakt können Sie über die Fraktionsgeschäftsstelle oder über Email aufnehmen:

Gerta.Siller@gruene-wuppertal.de

UN-Millenniumentwicklungsziele in Wuppertal

■ Ausstellung für weniger Armut in der Welt

Wer Anfang November den Johannes-Rau-Platz überquerte, der musste durch riesige Tore schreiten, um z.B. ins Rathaus zu gelangen. Dabei haben hoffentlich viele Menschen die Botschaften wahrgenommen, die auf diesen acht Toren zu lesen waren. Heute stehen die Tore in einer anderen Stadt, denn sie sind Teil einer Kampagne, die Menschen auffordert, sich aktiv am Erreichen der sogenannten UN-Millenniumentwicklungsziele zu beteiligen. Jedes Tor steht für eins der acht Ziele, die im Jahr 2000 von den Staats- und Regierungschefs der Vereinten Nationen (UN) festgelegt wurden. Die Ziele sind:

- Beseitigung der extremen Armut und des Hungers
- Vollständige Grundschulbildung für alle Kinder
- Förderung der Gleichheit der Geschlechter und Ermächtigung der Frauen
- Senkung der Kindersterblichkeit
- Verbesserung der Gesundheit

von Müttern
- Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen Krankheiten
- Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit

Eine große Aufgabe also, für die sich die UN 15 Jahre Zeit gab. Mehr als ein Drittel dieser Zeit ist nun verstrichen – für uns GRÜNE Anlass, einmal nachzufragen, was denn Wuppertal zu den ehrgeizigen Zielen beiträgt. Schließlich hat Oberbürgermeister Peter Jung im August letzten Jahres die Millenniumserklärung unterzeichnet und damit auch die Stadt in die Pflicht genommen. Die Antwort auf unsere Anfrage fiel dann aber eher mäßig aus: die Stadt verweist auf die Zusammenarbeit mit Schulen, bei der Kinder für ihre Möglichkeiten fair und nachhaltig zu handeln, sensibilisiert werden sollen. Außerdem wurden verschiedene Ausstellungen zum Thema gezeigt. Gleichzeitig verweist man aber auch auf ehrenamtliches Engagement wie es z.B. die Organi-

satorInnen des „Fairen Festes“ zeigen. Der interessanteste Ansatzpunkt, aktiv zum Erreichen der Millenniumsziele beizutragen, sind aber sicherlich Städtepartnerschaften. Besonders dann, wenn – wie in Wuppertal – eine Partnerschaft mit einer Stadt in einem Entwicklungsland besteht: die Städtepartnerschaft mit der nicaraguanischen Stadt Matagalpa feiert im kommenden Jahr ihr 20jähriges Jubiläum. In den vergangenen Jahren wurde die Zusammenarbeit aus „Fördermitteln zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit“ des Landes NRW unterstützt. Ein Teil dieser Gelder wurde direkt zur Finanzierung von Projekten nach Matagalpa weitergeleitet. Leider mussten wir in der Sitzung des Ausschuss für Umwelt am 21.11. erfahren, dass diese Landesmittel nun komplett gestrichen werden. Lediglich über die InWent gGmbH können noch Fördergelder beantragt werden. Dazu müssen Anträge für konkrete neue Pro-

jekte aus der Partnerstadt vorliegen und über das Presseamt an InWent weitergeleitet werden. Gefördert werden ausschließlich Infrastrukturmaßnahmen, also beispielsweise der Bau einer Schule, jedoch keine laufenden Kosten (z.B. für Personal). Der Ausschuss hat daraufhin die Verwaltung aufgefordert, direkten Kontakt mit der Verwaltung in Matagalpa aufzunehmen, um sich auf direktem Wege über anstehende Projekte zu informieren. Diese Arbeit kann nicht allein dem Städtepartnerschaftsverein und seinem rein ehrenamtlichen Engagement aufgebürdet werden. Hier ist die aktive Unterstützung der hauptamtlichen MitarbeiterInnen aus der Verwaltung gefragt. Letztendlich kann aber der positive Effekt einer Städtepartnerschaft nur eine Handlungsoption sein, um die Millenniumsziele zu erreichen. Gelingen kann dieses Vorhaben nur, wenn alle Menschen sich ihrer Möglichkeiten, daran mitzuwirken, bewusst sind.

Impressum

Herausgeberin:
Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Rathaus Barmen, 42269 Wuppertal

Tel. 0202. 563. 6204 Fax: 0202. 59 64 88
E-mail: fraktion@gruene-wuppertal.de
Internet: www.gruene-wuppertal.de

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:
Gerta Siller, Peter Vorsteher (V.i.S.d.P.)
Sylvia Meyer (Redaktion), Bettina Brücher,
Anja Liebert, Klaus Lüdemann, Paul Yves
Ramette, Ilona Schäfer, Marc Schulz,
Susanne Sperling

Gastkommentare:
Klaus-Günther Conrads, Initiator des
Netzwerkes „Wuppertals Grüne Anlagen“

Alle Fotos, soweit nicht anders
gekennzeichnet: Jörg Lange

Satz, Gestaltung und Druck:
talwild gmbh, Simonsstraße 80,
42117 Wuppertal

Auflage: 48.260

Diese Ausgabe liegt u.a. aus im ADA und Hasret,
Wiesenstraße; AIDS-Hilfe e.V., Friedrich-Ebert-Str.
109-111; ASIA, Berg. Universität; Behindert - na
und? e.V., Friedrich-Ebert-Straße 109-111; BUND,
Luisenstraße 108; Cinetal, Berliner Straße; Forum
Maximum im Rex, Kipdorf 29; Katzensgold, Unter-
grünwaldstraße 3; Nachbarschaftsheim, Platz der
Republik; Lebensbaum, Sophienstraße

Die Abgabe ist kostenlos!

Vorgestellt: die Bezirksvertretung Elberfeld

■ Aller guten Dinge sind Drei

Seit Beginn dieser Legislaturperiode haben die GRÜNEN 3 Sitze in der Bezirksvertretung Elberfeld. Wir stellen Ihnen die BezirksvertreterInnen vor. Und wer die GRÜNEN kennt, weiß, dort gilt „Ladies first“. Daher beginnen wir mit Gerta Siller.

Die 51jährige Juristin ist nicht nur die Sprecherin der GRÜNEN Ratsfraktion, vielmehr ist ihr nach wie vor der Kontakt zu den Bürgern und Bürgerinnen wichtig. Das gilt besonders für die Menschen und deren Anliegen in ihrem Stadtteil Ostersbaum. Und wenn sie darüber erzählt, gerät sie auch schon mal ins Schwelgen, über die Lichterwege, die Kunstaktionen und die vielen Aktiv(ität)en im Nachbarschaftsheim. Aber sie sieht auch, dass es noch viel zu tun gibt.

Da sind z.B. immer noch die maroden Häuser in der Deewerthstraße, die Gerta Sillers Blutdruck immer wieder nach oben treiben. Aber da ist sie beharrlich und glaubt, dass man gemeinsam auch dieses Problem lösen kann.

Genauso engagiert wie die Frau vom Ostersbaum ist der 56jährige Dirk Wallraf, dessen Revier die Südstadt ist. Als Leiter der Arbeitslosenhilfe Wuppertal weiß er genau, wo vielen der Schuh drückt und so ist es auch nicht erstaunlich, dass Dirk Wallraf schwerpunktmäßig im Bereich des Sozialen verankert ist. Von die-



v.l.n.r.: Klaus Lüdemann, Gerta Siller und Dirk Wallraf

ser Kompetenz profitieren viele, so auch der Wuppertaler Kreisverband der GRÜNEN, der Dirk Wallraf in seinen Vorstand gewählt hat. Außerdem gehört zu den Verpflichtungen des zweifachen Opas die Repräsentanz der Elberfelder GRÜNEN,

denn er übt das Amt des stellvertretenden Bezirksvorstehers aus. Und wenn Dirk Wallraf mal keine Politik macht, dann hat er sicherlich mit seiner Band irgendwo einen Auftritt. Der Dritte im Bunde ist Klaus Lüdemann, der 48jährige Elektroingenieur

und Betriebsrat. Er ist seit 1999 Sprecher der Fraktion in der Bezirksvertretung Elberfeld. Von 1993 bis 1999 war er im Stadtrat und im Aufsichtsrat der Wirtschaftsförderungsgesellschaft. In dieser Zeit wurde der Nordstädter durch die Poller-Geschichte auf

dem Ölberg bekannt. Für die GRÜNE Ratsfraktion erwirkte er damals beim Verwaltungsgericht die Beibehaltung der Diagonalsperren in der Nordstadt. 1998 beschloss die Bezirksvertretung den Abbau der Sperren. Da war Rot-Grün schon Geschichte.

In Elberfeld kam es allerdings nur ein Jahr später zu einer Neuauflage von Rot-GRÜN. Seine politischen Schwerpunkte setzt der Vater einer 12jährigen Tochter in den Bereichen Stadtentwicklung, Wirtschaft und Verkehr. Als Gründungsmitglied der Elterninitiative Muckelmäuse kennt er sich auch im Kinder- und Jugendbereich aus.

Ganz wichtig ist den drei Elberfeldern aber, dass sie keine EinzelkämpferInnen sind.

Hinter den Dreien steht die Stadtteilgruppe der GRÜNEN in Elberfeld, zu deren Treffen jedermann und -frau herzlich eingeladen ist. Dort wird nicht nur über Punkte der nächsten BV-Sitzung diskutiert, sondern auch für die Probleme in Elberfeld versucht man dort eine Lösung zu finden. Die genauen Termine können Sie in der Fraktionsgeschäftsstelle der GRÜNEN unter der Tel.-Nr.: 563-6204 erfragen.

grün[®]
Keiner wie wir.

Aus der Bezirksvertretung

Elberfeld ist anders und die Zukunftswerkstatt Wuppertals!

Anders als in allen anderen BVen sitzt an der Elberfelder BV-Spitze kein Vertreter der CDU. Das haben SPD, GRÜNE und PDS gemeinsam verhindert und sich für einen Mann der SPD ausgesprochen. Zugleich haben sie sich auch auf einen GRÜNEN stellvertretenden Bezirksvorsteher verständigt. Und so ist es auch nicht mehr ganz so erstaunlich, dass Elberfeld insgesamt anders ist. Während in den anderen Stadtbezirken die Sitzungen schon mal nach einer Stunde vorbei sind oder ganz ausfallen, dauern sie in Elberfeld 2-3 Stunden. Die Tagesordnung reicht für den Rat in einer Mittelstadt, kein Wunder, denn der Stadtbezirk Elberfeld hat ca. 66.000 EinwohnerInnen.

Seit 1999 gibt es eine Zusammenarbeit zwischen SPD, Grünen und Linkspartei, inzwischen noch verstärkt durch die WfW. Die „fortschrittlichen Kräfte“ haben es relativ leicht. Von der CDU kommt nichts und sie kann mit 6 Sitzen auch nichts verhindern. Weil fast alle Großprojekte im Stadtbezirk Elberfeld liegen, werden die Sitzungen von der Beratung der entscheidenden Drucksachen beherrscht.

Der Umbau Döppersberg ist auf 2009 verschoben, der Umbau der Schwimmpolder beginnt 2007 und auch der Robert-Daum-Platz soll laut Presseberichten im nächsten Jahr umgebaut werden. Beim letzten Thema wird ein Problem der BezirksvertreterInnen deutlich. Zu oft lesen sie in der Zeitung über Vorhaben, die eigentlich in den Sitzungen vorgestellt werden

sollten. Die Information durch die Verwaltung ist stark verbesserungsfähig. Elberfeld ist multikulturell und intellektuell. Der MigrantInnenanteil steigt weiter, in den Schulen haben oft die Hälfte der Kinder einen Migrationshintergrund. Mit der RAA und dem internationalen Begegnungszentrum Alte Feuerwache finden sich wichtige Einrichtungen zum Thema in Elberfeld, in Sichtweite der Moschee an der Gathe.

Auch die Uni liegt im Stadtbezirk Elberfeld. Abgesehen von den pendelnden Studenten aus anderen Städten wohnen viele StudentInnen und auch ProfessorInnen in Elberfeld. Zusammen mit der VHS gibt es ein intellektuelles Potenzial, das viele kulturelle Vereine und Initiativen speist. Dieses Potenzial macht Elberfeld bei vielen Themen zur Zukunftswerkstatt Wuppertals. Wo sonst wird Stadtentwicklung so engagiert und kreativ betrieben wie auf dem Ölberg in der Elberfelder Nordstadt oder am Platz der Republik?

Mit dem Ölbergfest hat sich ein Quartier eine Identität gegeben und gezeigt, was Menschen in dieser Stadt gemeinsam auf die Beine stellen können. Mit dem Umbau des Schusterplatzes wurden Maßstäbe mit BürgerInnenbeteiligung gesetzt.

Für die Zukunft hoffen wir auf Initiativen, die neue Arbeitsplätze in Elberfeld schaffen. Bisher müssen Tausende gut ausgebildete Menschen mit hohem Kreativitätsniveau jeden Morgen nach Düsseldorf fahren. Wir arbeiten bereits daran, Arbeitsplätze nach Elberfeld zu holen. Vielleicht können wir demnächst an dieser Stelle über Erfolge berichten.

Bremse für die Forstreform?

Schließung des Forstamtes Mettmann noch in der Schwebe

Im Reformieren ist die schwarz-gelbe Landesregierung seit ihrem Amtsantritt sehr eifrig. Vor allem im Umweltbereich werden Gelder und Stellen gekürzt oder gleich ganze Ämter geschlossen. NRW-Umweltminister Uhlenberg will die Anzahl der Forstämter von 35 auf 15 kürzen. Wuppertal wäre dann künftig dem Forstamt Gummersbach zugeordnet, denn das bisher zuständige nahegelegene Forstamt Mettmann stünde zur Schließung an. Doch der Minister hat die Rechnung offenbar ohne die

Forstleute und auch ohne die Kommunen gemacht. Im gesamten Land regt sich heftiger Widerstand gegen die Forstreform. So haben auch die drei Bergischen OberbürgermeisterInnen gemeinsam mit dem Landrat des Kreises Mettmann ein Protestschreiben an die Landesregierung gerichtet. Sie befürchten Einschränkungen der eigentlichen Aufgaben der Forstleute zu Lasten längerer Fahrwege. Die kleinteiligen Waldparzellen im Bergischen benötigen außerdem eine intensivere Betreuung als große Waldflächen wie z.B. im Sauerland. Diese kann sinnvollerweise nur ortsnah gewährleistet werden. Der Bund

Deutscher Forstleute (BDF) fürchtet zudem einen schleichenden Ausverkauf des Staatsforstes an Großunternehmen der Holzwirtschaft. Das käme einem Aus für die nachhaltige Forstwirtschaft gleich. Dass die Proteste Erfolg haben, zeigt sich zum einen daran, dass der Umweltausschuss des Landtags der vorgelegten Reform nicht zugestimmt hat. Und auch im Ministerium wird offenbar zurückgerudert: die Schließung der Forstämter Bonn und Hürtgenwald / Eifel wurde inzwischen zurückgenommen. Es besteht also Hoffnung, dass die komplette Forstreform noch einmal überdacht wird.

ANZEIGE

Partei ergreifen
Werde Mitglied bei Grün!
www.gruene.de

Politik geht alle an! Und DU hast uns gerade noch gefehlt!

Wir GRÜNE, das sind unser Mitglieder: Ihr Engagement, ihre Kreativität, ihre neuen Ideen und ihr Wissens- und Erfahrungsschatz sind unverzichtbar für unsere Arbeit. Wenn auch Du Partei ergreifen willst oder mehr Information wünschst, dann melde Dich unverbindlich bei

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Wuppertal
Oberbergische Str. 8
42285 Wuppertal

fon: (0202) 87 811
fax: (0202) 82 444
mail: gruene.wuppertal@t-online.de
internet: www.gruene-kvwuppertal.de

“Hier Geblieben!“

■ Aus der Schule in Abschiebehaft

Am 03. November führte das bekannte Berliner Kinder- und Jugendtheater GRIPS auf Einladung der GRÜNEN Ratsfraktion in der börse das Stück “Hier geblieben!“ auf. Darin wird über Asylprobleme und Bleiberecht informiert. Es ist zu einem wichtigen Kulturereignis und Sprachrohr für die Forderung nach einem dauerhaften Bleiberecht geworden und erzählt die wahre Geschichte von Tanja und dem Engagement ihrer Berliner SchulkameradInnen.

Die Bühne ist einfach. Ein langer Tisch, ein paar Stühle, ein Radio, auf einer großen Leinwand im Hintergrund sind mit dicker Farbe die UNO-Kinderrechte aufgezählt.

Das bosnische Mädchen Tanja, die im Alter von drei Jahren mit ihren Eltern nach Berlin kam, wird aus dem Schulunterricht heraus von Polizisten verhaftet und mitgenommen. Ihre MitschülerInnen und LehrerInnen sind entsetzt. Auf der Bühne wird es dunkel. In einem Lichtkegel hockt das Mädchen in einer Gefängniszelle - eins, zwei, drei und einen halben Schritt breit. Es folgt ein langsames Lied über das, was Heimat ist. Betroffenheit steht in den Gesichtern des Publikums.

Die Szene, in der Tanja über ihre Erinnerungen aus Bosnien spricht, über Bombenalarm, Kellerzuluft und ihre verstörte Mutter ist anrührend und schockierend zugleich. Das Schlimmste aber daran ist, dass diese Geschichte wahr ist. Musik spielt eine große Rolle in „Hier geblieben!“. Die 13jährige Tanja singt von ihrer Verzweiflung, während ihre bei-



den besten Freunde, Maja und Valentin, von der Ungerechtigkeit der Politik rappen.

Das junge Mädchen und ihre Familie werden voneinander getrennt. Mit Sätzen wie „Zuhause ist da, wo ich lebe“ oder „Ich komme von hier, muss ich deshalb dorthin zurück“ unterstreichen die SchauspielerInnen das, worum es in dem Stück geht.

Valentin und Maja stellen viel auf die Beine, um ihre Freundin in

Deutschland zu behalten. Nach einer Demonstration und einem Brief an den Bürgermeister gelingt es ihnen, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich zu ziehen.

Am Ende schafft es die kleine Clique, die Politiker zu überzeugen. Tanja darf mit ihrer Schwester und Mutter in Berlin bleiben. Ihr Vater muss aber weiterhin um ein Bleiberecht kämpfen. Soweit das Theaterstück. Für Tanja und ihre Mutter gab es auch ein

Happy End im richtigen Leben und ihre Klasse ist für ihr Engagement mit dem Berliner Mete-Eksi-Preis ausgezeichnet worden.

Tanjas Geschichte steht jedoch exemplarisch für die Situation von 200.000 „geduldeten“ Flüchtlingen in Deutschland, über 750 allein in Wuppertal. Die Innenminister der Länder haben am 16./17.11.2006 in Nürnberg eine Regelung zum Bleiberecht beschlossen. Flüchtlinge müs-

sen mindestens seit sechs Jahren in Deutschland leben, wenn sie minderjährige Kinder haben. Acht Jahre beträgt die Frist für Kinderlose. Sie müssen einen festen Wohnsitz haben, über Deutschkenntnisse und einen Arbeitsplatz verfügen. Wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, erhalten sie ein sofortiges Bleiberecht. 20.000 von insgesamt 200.000 geduldeten Flüchtlingen in Deutschland können sich bereits freuen, weil sie einen Job haben. Weitere 40.000, die auch schon lange genug in Deutschland sind, müssen für eine Aufenthaltsgenehmigung bis 30. September 2007 einen Job finden. Es ist zu befürchten, dass die anderen 140.000 Geduldeten, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen, gnadenlos ausgewiesen werden.

In Wuppertal können im Verhältnis dazu viel mehr Geduldete das neue Bleiberecht in Anspruch nehmen. Von 750 Menschen leben 600 schon länger als sechs bzw. acht Jahre hier, 150 haben einen Job. Für diejenigen ohne Job wird es extrem schwierig sein, Arbeit zu finden, solange sie nur eine Duldung in der Hand haben.

Das ist aber nur ein Kriterium, nicht ausgewiesen zu werden. Die Innenminister haben auch beschlossen, dass Menschen, die wegen einer Straftat mit einer Geldstrafe von über 50 Tagessätzen belegt wurden, ausgewiesen werden. Dreimal beim Schwarzfahren erwischt worden zu sein kann dann schon ausreichen, dass nicht nur dieser eine Mensch, sondern die ganze Familie abgeschoben wird. So etwas nennt man Sippenhaft und das widerspricht den Menschenrechten!

Grüner Parteitag in Köln

vom 01. – 03. Dezember
Sozialstaat weiterentwickeln und radikaler Klimaschutz

Die GRÜNEN wollen den Sozialstaat weiterentwickeln und beschließen, eine Kommission einzurichten, die Vorschläge zum bedingungslosen Grundeinkommen und zur Grundsicherung erarbeiten soll. Dem Beschluss vorangegangen war eine leidenschaftliche Debatte. Einig waren sich alle Redner darin, dass der Sozialstaat Menschen in Notlagen unterstützen muss. Die Delegierten stimmten außerdem dafür, Regeln für die Gestaltung eines Mindestlohnes einzuführen. Damit soll Lohndumping verhindert werden. Die GRÜNEN wollen die tarifliche Entlohnung zum Kriterium für die Erteilung von öffentlichen Aufträgen machen. Bündnis 90/Die GRÜNEN wollen einen neuen Aufbruch in der Ökopolitik. Die Mehrheit der Delegierten beschlossen den Antrag des Umweltpolitikers Reinhard Loske „Für einen neuen Realismus in der Ökologiepolitik – Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist die Kernaufgabe der GRÜNEN“. Dieser sieht unter anderem vor, bis 2050 den CO₂-Ausstoß um 80 Prozent zu senken. Der Rest soll durch „Brückentechnologien“ wie Gas- oder Kohlekraftwerke beschafft werden dürfen. Nach 2050 soll der Energiebedarf zu 100 Prozent durch Erneuerbare

Energien gedeckt werden. Auch für ein Tempolimit von 130 Kilometern pro Stunde auf Autobahnen und die Einführung einer City-Maut sprachen sich die Delegierten aus. Loske machte deutlich, wie dringend der Handlungsbedarf im Klimaschutz ist: „Es ist unrealistisch, nur zu reden. Nur wer jetzt handelt, kann für sich reklamieren, auf der Seite des Realismus zu stehen.“ Die zu erwartenden dramatischen Folgen des Klimawandels, wie schmelzende Gletscher, Erwärmung der Meere und sich häufende Naturkatastrophen, deutlich zu benennen, sei „kein Alarmismus, sondern Realismus.“ Klimaschutzpolitik umfasst die Abwendung von Kohle- und Atomkraft und das Umschwenken auf Erneuerbare Energien. Jede und jeder Einzelne kann aktiv werden: im Privathaushalt oder im eigenen Betrieb von den Stromkonzernen zu Ökostromanbietern wechseln, vom Auto auf die Bahn umsteigen und energieeffiziente Elektrogeräte auswählen.

Außerdem wurde der neue Bundesvorstand gewählt: Claudia Roth und Reinhard Bütikofer sind als Bundesvorsitzende bestätigt worden. Roth erhielt 66,5 Prozent, Bütikofer kam auf 71,8 Prozent. Im Amt bestätigt wurde auch die Politische Geschäftsführerin Steffi Lemke und Schatzmeister Dietmar Strehl. Auch die Beisitzer im Bundesvorstand sowie der Parteirat wurden neu gewählt.

Eine runde Sache am Hofkamp

Bewegung in eine Sache bringen kann auch gemeinsam funktionieren. Nachdem die Kreuzung Hofkamp/Neuenteich wegen Baumaßnahmen der Stadwerke vorübergehend als Kreisverkehr umgestaltet wurde, war schnell klar: diese Lösung bringt Vorteile für den Autoverkehr und die FußgängerInnen. Also haben sich GRÜNE dafür ausgesprochen, den Kreisverkehr als Dauerlösung beizubehalten. Die Verwaltung wurde beauftragt, eine Lösung zu finden, die den Kreisverkehr erhält, ohne dass Förder-

gelder vom Land zurückbezahlt werden müssen. Dies war zu befürchten, da „alte“ Förderungen noch nicht verjährt waren, um es salopp auszudrücken. Die positiven Rückmeldungen aus der Bevölkerung über weniger Staus und schnellere Überquerungsmöglichkeiten für FußgängerInnen haben ein offenes Ohr in den Reihen der Politik gefunden. Jetzt ist es gelungen, eine runde Lösung zu finden. Besonders erfreulich für GRÜNE: Bei den Markierungsarbeiten werden auch Radfahrstreifen

berücksichtigt, so dass alle VerkehrsteilnehmerInnen sicher diese ehemalige Kreuzung passieren können. Die Gestaltung des neuen Kreisverkehrs wird so angelegt, dass auch Busse ohne Probleme die Haltestelle am Neuenteich ansteuern können. Mit diesem Beispiel zeigt sich, dass die Initiative von BürgerInnen lohnend ist - denn dass CDU und SPD sich für einen Kreisverkehr einsetzen, obwohl sie fast in Sichtweite an der Kasino“kreuzung“ das Gegenteil durchgesetzt haben, lässt hoffen.



Gastkommentar: Willkommen aus Nah und Fern

in Wuppertals grünen Anlagen

von Klaus-Günther Conrads, Mit-Initiator des Netzwerkes „Wuppertals Grüne Anlagen“.

In dieser Zeitung den Wert unserer großen und kleinen „grünen Lungen“ hervorheben zu wollen, hieße wirklich, Eulen nach Athen zu tragen. Dennoch gilt es, der breiten Öffentlichkeit bewusst zu machen, dass Parks und Gärten keineswegs selbstverständlich sind, wir aber unseren Vorfahren und den heute Pflegenden für diese Schätze dankbar sein dürfen. Diese Kostbarkeiten zu bewahren, schonend zu nutzen und zu verhindern, dass Auen zu Wäldern verkommen und aus Parks keine Wälder werden, ist eine Aufgabe für Gegenwart und Zukunft.

Der Erhalt ist aber nur zu schaffen, wenn dafür ausreichend private oder öffentliche Finanzmittel zur Verfügung stehen. Dabei dürfen wir auch an die Verschönerungsvereine in Barmen und Ronsdorf denken, die aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden versuchen, ihre privaten Anlagen zu erhalten. Diese Vereine sind übrigens in Deutschland ungewöhnlich. Gemeinsam mit Dr. Antonia Dinnebir, der neuen Vorsitzenden des Rheinischen Vereins für Denkmalpflege und Landschaftsschutz, habe ich das Netzwerk „Wuppertals grüne Anlagen“ auf den Weg gebracht, dessen erstes Produkt vor Jahresfrist der städtische Internetauftritt unter gleichem Namen war: www.gruene-anlagen.de.



Foto: K.-G. Conrads, Der Vorwerk-Park

Dort werden Parks und Gärten vorgestellt, deren Besuche empfohlen werden. Die Einstellung von „Parks des Monats“ folgt noch. Es gibt servicefreundliche Tipps, wie Interessierte mit dem ÖPNV dorthin kommen. Ein monatlich gepflegter Veranstaltungskalender vermittelt als pdf-Datei Gelegenheiten, sich im Rahmen von geführten Wanderungen, Exkursionen oder Vorträgen

in und an „Wuppertals grünen Anlagen“ zu erfreuen. Die ausgesprochen grüne Umgebung Wuppertals darf als Tourismusinstrument genutzt werden. Das gilt besonders für unsere Zeit, in der Menschen im fortgeschrittenen Lebensalter stets mehr Zeit haben und die Gesundheit immer wichtiger wird. Ob Spazieren, Laufen, Wandern, Walken oder Nordic Walking – alles ist rund um die Uhr

und zu allen Jahreszeiten kostenlos möglich! Wichtig ist allein, die Wege nicht zu verlassen! Ein tolles, grünes Angebot. Und weil es anderswo auch nicht schöner ist als im Bergischen Land, sollten wir Gäste und Gruppen, wie anlässlich der „Regionale 2006“ geplant, zur gesunden Bewegung einladen. Überall in Deutschland wird mit Nordic Walking-Angeboten geworben. Wir sollten uns einen Teil von

diesem stetig wachsenden Freizeitkuchen abschneiden, weil es unseren Wegen nicht weh tut, aber Gastronomie, Vermietern und Dienstleistern (Trainer, ÖPNV, Handel) hilft. Es geht auch um Arbeitsplätze und Teilzeitarbeit – nicht mehr und nicht weniger. Ein höherer Nutzungsgrad erhöht übrigens die soziale Kontrolle und schützt vor dem Alleinsein und der Hilflosigkeit. Und ein hoher Anerkennungsgrad schützt am besten vor einer ungewollten Bebauung. Wir müssen wollen und handeln! Ein gepflegtes Wegenetz, gut beschilderte Wanderwege, Orientierungstafeln und passende Flyer, attraktive Gastronomie und gute Verkehrsverbindungen sind notwendig. Ich bin überzeugt, dass Investitionen gut angelegt wären und relativ gering sind. Die Aufwertung der Parks auf dem Nützenberg, der Neuen Hardt und der Barmer Anlagen durch die „Regionale 2006“ sind gute Steilvorlagen, die es zu nutzen gilt. Wenn Sie sich „Wuppertals grüner Anlagen“ bewusst sind und sich an Parks und Gärten erfreuen, sagen Sie es den Nachbarn in Nah und Fern und machen Sie in unserem Netzwerk mit. Es gibt für viele Talente etwas zu tun! Sie können auch gerne an der „Offenen Gartenpforte 2007“ mitwirken und Ihren Privatgarten zum Stelldichein der Gartenfreunde öffnen.

Meine E-Mail-Adresse: k-g.conrads@freenet.de

Lorenz Bahr in neuer Position

Der GRÜNE Stadtverordnete Lorenz Bahr ist jetzt stellvertretender Vorsitzender des Landesjugendhilfeausschusses der Landschaftsversammlung Rheinland. Bahr ist ausgewiesener Fachmann im Bereich der Kinder- und Jugendpolitik. In den vergangenen Jahren war er unter anderem in diesem Bereich hauptberuflich tätig. Die GRÜNEN beglückwünschen ihren Stadtverordneten zu diesem neuen Amt und wünschen ihm viel Erfolg.



Neues Frauenhaus für Wuppertal

Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen

Jedes Jahr findet am 25. November der Internationale Tag zur Beseitigung jeder Form von Gewalt gegen Frauen statt. Die Wuppertaler GRÜNEN sammeln zu diesem Anlass Spenden für ein neues Frauenhaus in der Rathausgalerie.

Als Dankeschön erhielten Spenderinnen und Spender einzigartige „Weckfrauen“. Die Aktion war ein Erfolg, bei der Sammlung gingen 240 Euro ein.

Um auf eine runde Summe zu kommen, griffen GRÜNE Stadtverordnete auch ohne süße Ermunterung ins private Portmonee und spendeten, so dass insgesamt 1.000 Euro „Weihnachtsgeld“ für den guten Zweck überwiesen werden konnten. So wird das neue Frauenhaus Stück für Stück realistischer.

Die GRÜNEN hoffen, dass die vorbildliche Spendenbereitschaft der PolitikerInnen NachahmerInnen findet. Denn: nach wie vor fehlt es an Geld. Schon lange ist das Wuppertaler Frauenhaus überfüllt. Nach mehr als einem Vierteljahrhundert ist der Standort zu vielen Menschen bekannt, die unverzichtbare Anonymität des Hauses kann nicht mehr gewährleistet werden.

Deshalb muss ein neues und größeres Haus her, um den Schutzsuchenden Frauen und ihren Kindern Zuflucht zu bieten. Die MitarbeiterInnen und ehrenamtlich Engagierten des Frauenhauses haben sich in

diesem Jahr sehr ins Zeug gelegt, um weitere Spenden einzuwerben. Auf einer Kunstauktion im Sommer wurden z.B. Werke bergischer KünstlerInnen erfolgreich versteigert, die Kölner Bethe-Stiftung verdoppelte alle Spenden bis zur Höhe von 20.000 Euro.

Das Engagement für ein neues Frauenhaus ist in Wuppertal groß. Dank einer sehr großzügigen Spende der Jackstädt-Stiftung im März 2006 ist es nur noch eine Frage der Zeit, wann der Umzug stattfindet und wie das Haus ausgestattet werden kann.



Fahrrad selber kaufen ABO geschenkt

■ Wenn Sie „DIESE GRÜNEN!“ regelmäßig lesen möchten, Coupon ausfüllen und an die Grüne Ratsfraktion, Rathaus, 42269 Wuppertal schicken.

Name _____ Anschrift _____

Ich bin als Abonnentin oder Abonnent der Zeitung „DIESE GRÜNEN!“ damit einverstanden, daß bei der Änderung die neue Anschrift durch die Post AG an den Verleger der Zeitung weitergeleitet wird.

Große Koalition - Radlos?

■ Initiative für den Radverkehr vorerst erledigt

Mehr Schwung für den Radverkehr forderte die GRÜNE Fraktion in der Oktober-Sitzung des Verkehrsausschusses.

Gemeinsam mit der FDP wollten wir konkrete Verbesserungen für den Fahrradverkehr in Wuppertal erreichen, z.B. ein Radverkehrskonzept für ganz Wuppertal, bessere Ausweisung von touristisch attraktiven Strecken für RadlerInnen, mehr und sichere Radwege oder für RadlerInnen geöffnete Einbahnstraßen. Die große Koalition aus CDU und SPD stellte im Ausschuss dar, dass nach ihrer Ansicht die meisten der GRÜNEN Forderungen bereits umgesetzt

oder in Arbeit seien und beschlossen daher, dass der Antrag für erledigt zu erklären ist. Je nach Betrachtungsweise bedeutet das entweder, dass die große Koalition selbstverständlich alles für den Radverkehr in Wuppertal tun will und dieses Thema ganz oben auf der Prioritätenliste steht, oder dass ihnen Verbesserungen für FahrradfahrerInnen herzlich egal sind. Für GRÜNE heißt das jetzt: nachfragen, bis wir hoffentlich mit den „Verbündeten“ aus der großen Koalition dafür sorgen, dass Wuppertal zu einer fahrradfreundlichen Stadt wird. Im November-Verkehrsausschuss haben wir auf Anfrage erfahren, dass es bisher in Wuppertal

lediglich 30 Einbahnstraßen gibt, die für FahrradfahrerInnen in Gegenrichtung geöffnet sind. Die Bezirksvertretungen könnten allerdings noch weitere zur Öffnung vorschlagen. Mit dieser einfachen und sicheren Maßnahme könnten viele Wege abgekürzt und neue attraktive Verbindungen für RadlerInnen geschaffen werden. Die positive Entwicklung durch die Regionale 2006 mit der Einweihung des ersten Teilstücks der Sambatrasse zeigt, dass immer mehr WuppertalerInnen auf das Rad steigen, um in ihrer Freizeit, aber auch zum Einkaufen, zur Arbeit oder zur Schule das Rad benutzen. Diesen Trend müssen wir weiter unterstützen.



Ein Jahr SchwarzRot in Wuppertal

Große Koalition hockt hinter verschlossenen Türen

Ein Jahr Große Koalition in Berlin - in der Presse wurde dies ausführlich gewürdigt. Die Resonanz fiel überwiegend negativ aus. Nur die Koalitionäre selbst finden sich so richtig toll. Die Chance, umfangreiche Reformen einzuleiten, wurde nicht genutzt. Und in Wuppertal? Auch bei uns gibt es seit einem Jahr die Große Koalition, pardon, auf kommunaler Ebene heißt es richtigerweise Kooperation.

Auch hier ist der erste Geburtstag ins Land gegangen, doch eher still und leise. Ist vielleicht auch besser so, denn CDU und SPD haben in Wuppertal in dem einen Jahr ihrer Zusammenarbeit nicht viel Positives hervorgebracht. Nur in einem haben sie geblüht: Mit ihrer Politik hinter verschlossenen Türen. Demokratische Gepflogenheiten wurden systematisch über Bord geworfen, Sachpolitik wurde Parteipolitik geopfert, im stillen Kämmerlein geschlossene Vereinbarungen wurden ohne Diskussion durchgepeitscht, Initiativen der kleineren Fraktionen im Keim erstickt, vertagt, für erledigt erklärt, nicht diskutiert und wenn es sein musste, mit Hilfe von Geschäftsordnungstricks ausgebrems.

Beispiel 1: Abschaffung der Baumschutzsatzung. Ohne Diskussion im Fachausschuss, ohne Beratung durch Fachleute der Verwaltung wurde der Beschluss im Rat gefasst. Empörte BürgerInnen scheiterten mit einem Bürgerbegehren gegen die Abschaffung nur knapp.

Beispiel 2: Der städtische Haushalt 2006/2007, beschlossen ohne Diskussion in den Ausschüssen, die von GRÜNEN geforderte BürgerInnenbeteiligung war kein Thema.

Beispiel 3: Ein intelligentes Maßnahmenpaket von GRÜNEN und FDP zur Förderung und Qualifizierung arbeitsloser Jugendlicher wurde im Februar auf Antrag von CDU und SPD für erledigt erklärt, um 3 Monate später als ihr eigenes Maßnahmenpaket mit rotschwarzer Schleife wieder eingebracht zu werden. Drei Monate Zeit verschenkt wegen parteipolitischer Nickeligkeiten.

Beispiel 4: Die Installation eines Netzwerk Neues Wuppertal, konzeptlos angesiedelt außerhalb des Rates, ohne klare Strukturen und als schmückendes Beiwerk ein wenig Bürgerbeteiligung.

Beispiel 5: SPDCDU werden am 18.12. im Rat einschneidende Haushaltskürzungen beschließen: Abschaffung des kostenlosen Mittagessens für arme Kinder, Schließung des Fuhrrott-Museums, Kürzung bei den Wuppertaler Bühnen usw.. Einen demokratischen Abstimmungsprozess mit allen Beteiligten wird es nicht geben, wetten?

Die Beispiele könnten fortgesetzt werden. Die Quittung wegen mangelnder Transparenz, Arroganz und Respektlosigkeit wird bei der nächsten Wahl von den WählerInnen ausgestellt.

grün[®]
Keiner wie wir.

GRÜNE Integrationstour

■ Neunte Etappe: Wuppertal

Mit einer breit angelegten Integrationstour besucht die GRÜNE Bundestagsfraktion seit Juli 2006 innovative Integrationsprojekte. Die GRÜNEN wollen sich vor Ort ein Bild davon machen, welche vielfältigen neuen Wege beschritten werden, um die interkulturellen Potenziale von Migrantinnen und Migranten besser zu fördern.

Themen, die dabei besonders interessieren, sind neue Wege bei der Sprachförderung und Elternarbeit, Beispiele für gelungene kommunale Integration oder interkulturelle Ausbildung, Gewaltprävention und interreligiöse Projekte. Am 06. November 2006 stand Wuppertal auf dem Programm.

Peter Vorsteher, GRÜNER Fraktions-sprecher in Wuppertal und Mitglied im Migrationsausschuss, begleitete die Tour durch Wuppertal.

Josef Winkler, migrationspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion, war besonders interessiert am Projekt „Multikulturelle Nordstadt“, das sich in einem Stadtteil um Integration bemüht, der von Migration und sozialer Ausgrenzung geprägt ist. In ganz besonderer Weise widmet sich die Arbeit dieses Stadtteilprojekts der Sprachförderung von Zuwandererfamilien: Zum einen durch Ange-

bote zur Einbindung von Eltern in die sprachliche Förderung ihrer Kinder bzw. zur Stärkung ihrer Erziehungskompetenzen und Sprachkenntnisse. Überhaupt wird hier Elternarbeit ganz groß geschrieben: In enger Zusammenarbeit mit Kitas, Familienzentren und Schulen – aber auch mit Migrantenselbstorganisationen - wird versucht, Eltern in Erziehungs- und Bildungsfragen zu sensibilisieren und zu aktivieren. Es gibt aber auch Sprachförderungsmaßnahmen für Kinder aller Altersstufen sowie Unterstützung bei dem so wichtigen Übergang aus der Schule in die berufliche Ausbildung.

Erzieherinnen und Erzieher sowie Lehrkräfte können sich fortbilden in Fragen der interkulturellen Bildung und Erziehung, über Grundkenntnisse des Spracherwerbs sowie über Methoden der Sprachförderung zweisprachig und mehrsprachig aufwachsender Kinder. Alles zusammen ein sinnvoll aufeinander abgestimmtes Rundum-Konzept zur Förderung der Sprachentwicklung und der Partizipation von hier lebenden Migrantinnen und Migranten.

Anschließend stattete Josef Winkler zusammen mit der kommunalpolitischen Sprecherin der GRÜNEN Bundestagsabgeordneten, Kerstin Andreae und Sylvia Löhrmann (der Vorsitzenden der GRÜNEN Fraktion

im Landtag NRW) und Peter Vorsteher dem Ressort Zuwanderung und Integration der Stadt Wuppertal einen Besuch ab.

Dieses wurde 2002 als eigenständiges Ressort gegründet. Es umfasst nicht nur die regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA), sondern z. B. auch (ein wirkliches Novum!) das Ausländeramt der Stadt. Integration ist für den Ressortleiter Jürgen Lemmer ein inter-

kultureller Lernprozess, der für die Migrationsbevölkerung und die Aufnahmegesellschaft Chancen und Herausforderungen eröffnet. Das Ressort richtet sich daher gleichermaßen an die Minderheits- und Mehrheitsgesellschaft.

Es will nicht nur das interkulturelle Zusammenleben und das interkulturelle Lernen fördern, sondern strebt auch eine verstärkte Partizipation von Migrantinnen und Migranten und deren Selbstorganisa-

tionen an. Flankiert wird die Arbeit des Ressorts durch intensive Bemühungen der Stadt Wuppertal zur interkulturellen Öffnung und zur Vermittlung interkultureller Kompetenz - denn auch öffentliche Verwaltungen müssen sich gesellschaftlichen Veränderungen stellen. Deshalb sind in Wuppertal interkulturelle Weiterbildungen ebenso wichtig wie eine neue Art von Personalpolitik, die es ermöglicht, die vielfältigen Potenziale von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen unterschiedlicher kultureller Herkunft einzubeziehen.

Ein wichtiger zusätzlicher Schritt für eine bessere politische Beteiligung der in Wuppertal lebenden Migrantinnen und Migranten ist der vor zwei Jahren erstmals gewählte Migrationsausschuss, der den alten Ausländerbeirat ablöste. Im Migrationsausschuss arbeiten zehn direkt von Migrantinnen und Migranten gewählte Vertreterinnen und Vertreter mit elf stimmberechtigten Mitgliedern des Rates der Stadt Wuppertal. Der Migrationsausschuss hat mehr Entscheidungsbefugnisse als der alte (lediglich beratende) Ausländerbeirat. Er versucht somit die Anliegen derjenigen Wuppertalerinnen und Wuppertaler direkter in die Kommunalverwaltung zu transportieren, die sich – nach wie vor - nicht direkt an Kommunalwahlen beteiligen können.



v.l.n.r.: Peter Vorsteher, Josef Winkler, Kerstin Andreae, Jürgen Lemmer und Sylvia Löhrmann, Foto: Bundestagsfraktion

Sanierung der Schwimmoper

■ Ende gut, alles gut!?

Bereits vor zehn Jahren schloss sich der Rat der Stadt Wuppertal dem Bürgerbegehren an, die Schwimmoper zu erhalten. Viele Ideen für eine zukünftige Nutzung wurden geprüft und wieder verworfen, bis 2004 endgültig der Grundsatzbeschluss gefasst wurde, das Gebäude als Schwimmstätte zu sanieren.

Im nächsten Jahr soll die Modernisierung eines der auffälligsten Gebäude Wuppertals beginnen. Das beschloss der Stadtrat am 13. November 2006. Kurz vor den Herbstferien wurden die verschiedenen Varianten der Sanierung vorgestellt. Schnell wurde deutlich, dass mit den ursprünglich veranschlagten 10 Mio. Euro nicht der gewünschte Umbau der Schwimmoper zu einer guten Wettkampfstätte zu erreichen ist.

Zur Erfüllung der sportfachlichen Anforderungen, insbesondere hinsichtlich des Beckens und der Zuschauerplätze, an die auch nicht unerhebliche Zuschüsse des Landes gekoppelt sind, wurde eine Sanierungsvariante vorgestellt, die Mehrkosten in Höhe von rd. 6,6 Mio. Euro verursacht. Für die Finanzierung dieses Defizits schlug die Verwaltung vor, bauliche Maßnahmen für die Schulzentren Ost und West, die Dachsanierung der Uni-Halle sowie die Sanierung des Gartenhallenbades in Cronenberg zeitlich zu verschieben, da aufgrund des Sparhaushaltes der Stadt nur Mittel aus den Bereichen Bildung, Kultur und Sport hierfür herangezogen werden dürfen.

Die laut Verwaltung optimale Sanierungsvariante mit einem Teilneubau und einem Gesamtvolumen von 21 Mio. Euro wurde als zwar gewünscht, aber als nicht finanzierbar dargestellt, da man für das weitere Defizit von rd. 4,4 Mio. Euro keine wei-



teren Einsparmöglichkeiten sah. Die Fraktion der GRÜNEN setzte sich mit einem Änderungsantrag trotzdem für die große Lösung ein und sorgte mit ihrem Finanzierungsvorschlag für einige Aufregung. Der Vorschlag war, die Sanierung des Schauspielhauses - nach der Wiedereröffnung der Oper zeitlich zu verschieben. SPD und CDU sahen hiermit sogleich die generelle Sanierung des Schauspielhauses in Gefahr. Die GRÜNEN hatten jedoch recherchiert, dass die Betriebslaubnis für das Schauspielhaus durch eine zeitlichen Aufschub der Sanierung nicht in Gefahr sei. Ihr Vorschlag wurde rechtlich nicht geprüft, sondern abgelehnt.

Die nun beschlossene Sanierung in Höhe von 16,6 Mio. Euro ist gut, aber nicht optimal. Die GRÜNEN haben sich aus folgenden Gründen bei diesem Beschluss enthalten: wir schätzen die kalkulierte Gästezahl nach der Sanierung von 240.000 Gästen pro Jahr nur als realistisch ein, wenn es neben dem Schwimmen ein wirklich attraktives Angebot im Freizeit- und Fitnessbereich und der Gastronomie gibt.

Wir glauben nicht, dass dies mit der 60prozentigen Umsetzung des Raumprogramms langfristig erreicht werden kann. Weiterhin wollten die GRÜNEN u.a. eine behindertengerechte Erschließung aller Badeebenen, einen Eltern-Kindbereich auf der Badeebene und eine Verbesserung des Eingangsbereiches.

Letztendlich freut sich jedoch auch die GRÜNE Fraktion, dass die Sanierung der Schwimmoper in 2007 endlich beginnt und das alte Bad im Herbst 2009 in neuem Licht erstrahlt.

Ob die mittelgroße Lösung die richtige war, werden die nächsten Jahre zeigen. Wir hätten uns insbesondere nach dem Wegfall des Kurbades mehr gewünscht.

Neues von der Steinbeck

Aufregung verursachte Aldi im Frühjahr 2006 im Westen Elberfelds. Gleich zwei neue Discount-Märkte sollten in 350 Meter Entfernung voneinander entstehen. Der Getränkemarkt an der Tannenbergsstraße soll abgerissen werden und zusammen mit Aldi neben Obi in einem neuen Gebäude untergebracht werden.

Die GRÜNEN haben sich für eine Treppe vom Parkplatz zur Carl-Reimers-Straße (bisher Haraldstraße) eingesetzt, um eine Anbindung der neuen Markthalle am Arrenberg zu erreichen. Gegen den neuen Aldi direkt neben Akzenta hatte niemand Einwände.

Doch die Pläne, einen weiteren Aldi auf dem ehemaligen ELBA-Gelände zu bauen, irritierte nicht nur die GRÜNEN sehr. Die GRÜNEN wollten wissen, warum die Verwaltung hier denn nicht steuert. Die Verwaltung begründete ihre Tatenlosigkeit mit dem Hinweis, dass es kein Einzelhandelskonzept gebe. Den GRÜNEN fällt dazu der Schäfer ein, der mit Hinweis auf den fehlenden Schäferhund tatenlos zusieht, wie die Schafe auseinander laufen.

Bei einer Informationsveranstaltung

der Stadt im Jugendzentrum Arrenberg fragten die GRÜNEN nochmals nach, ob sich zwei Läden in direkter Nähe denn rechnen. „Doch, doch“,

erklärte ein Projektentwickler im Auftrag von Aldi. Den GRÜNEN war das nicht plausibel: wieso sollte ein Aldi dem anderen in direkter Nähe die

Kundschaft streitig machen? Monate später bekamen wir Recht. In einer Verwaltungsdrucksache wurde die Ablehnung des ELBA-Aldi vorge-

schlagen. Und so hat es der Rat inzwischen auch beschlossen.

Wie kam es zu diesem Sinneswandel? Warum sprach sich die Verwaltung nun doch gegen die Ansiedelung eines Aldi auf dem ehemaligen ELBA-Gelände aus? Es wurde schnell klar, dass mit diesem Neubau der Aldi in der Friedrich-Ebert-Straße geschlossen würde. Die Folge: das Ladenlokal würde leer stehen. Und die Stadt hat dort gerade den Neubau der Tiefgarage wohlwollend begleitet und auf mögliche Einnahmen für die Nutzung der städtischen Fläche Deweerth'scher Garten verzichtet. „Wir lassen uns von Aldi nicht erpressen“, soll Oberbürgermeister Peter Jung zum Thema Standorterhaltung Friedrich-Ebert-Straße gesagt haben. Wir hoffen, dass er zu seinem Wort steht.

Die GRÜNEN setzen sich für lebendige Innenstädte und funktionierende Einkaufsmöglichkeiten in den Wohnbezirken ein. Nur so können die verschiedenen Bedürfnisse (Wohnen, Einkaufen, Freizeitgestaltung) wohnungsnah befriedigt werden. Bleibt die Aufgabe, eine neue Nutzung für das ELBA-Gelände zu finden. Auch dazu waren wir schon aktiv. Aber leider will unser erster Kandidat, Conrad Elektronik, leider nicht.



Ratschronik 13.11.2006

Hier geboren – hier zuhause: Bleiberecht für langjährig hier lebende geduldete Menschen!

In Wuppertal leben mehr als 750 Menschen, die von Abschiebung bedroht sind. Alle drei Monate müssen sie ihren Aufenthalt beantragen. DIE GRÜNEN stellten den Antrag, dass der Rat sich für ein Bleiberecht einsetzt, das den langjährig hier lebenden Flüchtlingen und ihren Familien eine faire Integrationschance bietet. Dafür sollte sich der Innenminister Ingo Wolf, der für NRW an der Innenministerkonferenz der Länder am 16. und 17. November teilnimmt, einsetzen. CDU und SPD lehnten den Antrag im Rat ab.

Resolution zur Bestechung und Vorteilsannahme von Ratsmitgliedern

Bis zum Mai dieses Jahres haben Land- und Oberlandesgerichte die Amtsträgerschaft von Stadtverordneten unterschiedlich beurteilt. Am 09. Mai entschied der Fünfte Strafsenat des Bundesgerichtshofs (BGH) im Zusammenhang mit einem Wuppertaler Korruptionsfall, dass Stadtverordnete in der Regel nicht als Amtsträger zu behandeln sind. Damit machen sie sich wie Bundes- und Landtagsabgeordnete nur bei konkretem Stimmenverkauf strafbar. Auf Initiative der GRÜNEN beschlossen alle Fraktionen einen Appell an den Gesetzgeber, diese Gesetzeslücke so schnell wie möglich zu schließen, damit auch Stadtverordnete im Fall von Bestechlichkeit oder Vorteilsannahme strafrechtlich belangt werden können.

Kinder- und Jugendförderplan 2006 – 2009

Die GRÜNEN und die FDP stellten mehrere Ergänzungsanträge zum Kinder- und Jugendförderplan. In der Verwaltungsvorlage werden zwar Probleme benannt, aber keine Maßnahmen zur Behebung vorgeschlagen. Die Verbesserung der Lebensumstände von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund war das Ziel eines Antrages. Ein weiterer bat um Überprüfung von Straßen in Wohngebieten auf ihre Eignung als Spielstraße. CDU und SPD beantragten, sich mit den Anträgen nicht zu befassen und setzten das mit ihrer Mehrheit auch durch.

Kunststoffrahmen in städtischen Gebäuden

Seit 12 Jahren ist der Einbau von PVC-Fenstern in städtischen Gebäuden verboten. Stattdessen werden überwiegend Holzfenster eingesetzt. Die Verwaltung schlug dem Rat vor, das Verbot aufzuheben. Die Recyclingfähigkeit von PVC habe sich entscheidend verbessert und die Stadt könne Geld sparen, weil Holzfenster angeblich teurer seien. Die GRÜNEN halten PVC nach wie vor für bedenklich und Holzfenster aus nachwachsendem Rohstoff für geeigneter. Die Mehrheit des Rates sah das leider anders, das PVC-Verbot wurde aufgehoben.

Sanierung der Schwimmpoper

DIE GRÜNEN beantragten die optimale Sanierung der Schwimmpoper. Der Rat beschloss nur die zweitbeste Variante. Siehe Artikel Seite 7.

Samba! Samba!

■ Einfach 'mal rauf nach Cronenberg radeln!

Nachdem 1988 der letzte „Samba“ über die Schienenverbindung Elberfeld - Cronenberg fuhr, verwilderte die Strecke und versank in einen Dornröschenschlaf. Dank der Regionale 2006 wurde sie nun nach 18 Jahren wieder wach geküsst.

Seit Ende Oktober führt ein wunderschöner Rad- und Wanderweg von der Hindenburgstraße im Zooviertel bis zum Bahnhof Küllenhahn. Auf einem seichten Anstieg erreichen Ungeübte genauso wie passionierte RadlerInnen ohne übermäßige Kraftanstrengung auch bergauf leicht ihr Ziel.

Die Sambatrasse schlängelt sich über die neu erbaute Zoobrücke entlang des Burgholzes sanft hinauf auf die Cronenberger Höhen. Nicht nur der Weg an sich, auch seine Gestaltung ist bemerkenswert, wurden doch insgesamt 8 „Waldorte“ am Wegesrand eingerichtet. Ob eine Holzschlange in Höhe des Zoos am Wegesrand interessiert das Treiben beobachtet, ein Aussichtsturm aus Holz zu einem Ausblick ins Tal einlädt oder hölzerne Rundhütten, die an frühere Kohleleier erinnern, zu bestaunen sind, es gibt viel zu entdecken.

Die Regionale 2006 hat mit dem neuen Rad- und Wanderweg ein bereits im Regionale-Jahr sichtbar gewordenen Highlight geschaffen. Bis zum Sommer 2007 wird ein weiteres Teilstück bis Cronenberg fertig sein. Wünschenswert wäre natürlich auch eine Fahrradverbindung Richtung Elberfeld, ein kleiner Wermutstropfen, dass die Anbindung an den



Einstieg zur Sambatrasse an der Hindenburgstraße nicht fahrradfreundlicher gestaltet werden konnte. Aber wer auf die Trasse einschwenkt wird begeistert sein, welche positive Überraschungen Wuppertal zu bieten hat. Auch wenn das Wetter in der dunklen Jahreszeit nicht immer zum Radfahren einlädt, wurde mit der Sambatrasse etwas realisiert, das die Herzen von Radlerinnen und Radlern höher schlagen lässt.

Das bisherige Argument, aus topografischen Gründen könne man/frau in Wuppertal nicht Fahrrad fahren, wird

hier gleichzeitig muskelschonend entkräftet. Spätestens im nächsten Frühling sollten Sie Ihren Drahtesel aus dem Keller holen, 2% Steigung sind doch ein Klacks. Sie werden sehen, auch in Wuppertal kann Fahrradfahren Spaß machen!

grün^W
Keiner wie wir.

Kinder schützen

■ wahrnehmen - warnen - schnell handeln

In der jüngeren Vergangenheit wurde die Öffentlichkeit durch grausame Fälle der Verwahrlosung von Kindern, der Gewalt an Kindern oder gar der Tötung von Kindern schockiert.

In den bekannt gewordenen Fällen handelt es sich in der Regel um jüngere Kinder aus Familien, die aus unterschiedlichen Gründen in sozial schwierigen Verhältnissen leben. Zahlreiche kommunale Beispiele zeigen, dass frühzeitige Unterstützung der Eltern im Sinne einer aufsuchenden Gesundheitsberatung durch „Sozialschwester“, „Lotsen“, „kommunale Familienmanager“ oder ähnliche wegweisende Angebote auch die Teilnahme an den notwendigen Früherkennungsuntersuchungen erheblich steigern kann.

Diese Unterstützung muss so früh wie möglich - wie z. B. durch Familienhebammen oder Kinderkrankenschwestern am besten schon vor der Geburt - ansetzen. Eine spätere nahtlose Überleitung in die Angebote der Jugendhilfe und Schule wäre zu bedenken. Im Rahmen der „Sozialen Frühwarnsysteme in NRW“ sind Erfolg versprechende Ansätze nach dem Motto „wahrnehmen - warnen - schnell handeln“ für eine frühzeitig ansetzende Prävention erprobt und evaluiert worden. Notwendig ist die flächendeckende Ausweitung solcher Frühwarnsysteme und eine bessere Finanzierung der Kommunen. Denn sie tragen bisher alleine alle Kosten



Ein Platz zum Wohlfühlen: Die Kinder- und Jugendfarm

für den Schutz von Kindern. In Wuppertal ist ein Mitarbeiter des Jugendamtes durchschnittlich mit etwa 70 „Fällen“ beschäftigt. In der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 05.12.06 war der Kinderschutz in Wuppertal ein wichtiger Schwerpunkt.

Die 14. Landesgesundheitskonferenz hat zudem mit dem Landespräven-

tionskonzept das Ziel festgelegt, die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen sowie der alten Menschen in besonderer Weise durch präventive Maßnahmen zu fördern.

Dabei wird der Stellenwert einer möglichst frühzeitig einsetzenden und den Lebensweg von Kindern und Jugendlichen begleitenden Prävention und

Gesundheitsförderung betont. Um ein gesundes Aufwachsen und eine bestmögliche Gesundheitsvorsorge zu ermöglichen, müssen alle beteiligten öffentlichen Ebenen und Leistungserbringer verbindlich kooperieren. Dies gilt insbesondere für das Ineinanderverwirken von Jugendhilfe, Schule, Soziales und Gesundheit. Alle diese

Bereiche müssen Hilfestellung auch für diejenigen ermöglichen, die nicht in der Lage sind, Angebote selbstständig wahrzunehmen. Auch das Thema der verpflichtenden Gesundheitsuntersuchungen für alle kleinen Kinder ist wieder ins Blickfeld geraten. Einige Bundesländer fordern eine gesetzliche Grundlage für diese Untersuchungen. Bundesjustizministerin Brigitte Zypries hat sich jedoch in einem Interview vom 12.11.06 gegen die Einführung einer ärztlichen Pflichtuntersuchung für alle kleinen Kinder gewandt. Laut Zypries würden 98 Prozent aller Menschen ihre Kinder gut und verantwortungsvoll erziehen und regelmäßig mit ihnen zum Arzt gehen. „Wir müssen ja jetzt hier nicht so tun, als sei Deutschland ein Volk von Kinderschändern“, sagte die Ministerin. Verfassungsrechtlich seien die Länder dafür zuständig. Nach Ansicht der Ministerin geht es darum, Kindern in prekären Verhältnissen rechtzeitig zu helfen. «Das ist die Aufgabe, und die kann nur vor Ort gelöst werden», sagte sie. Es sei aber nötig, die verschiedenen Instanzen besser zu verzahnen. Alle Beteiligten sollten sich austauschen über Problemfälle. Zypries sprach sich auch dafür aus, das Familiengericht eher einzuschalten, damit Familien mit vernachlässigten Kindern professionelle Begleitung erhalten. Offenbar sind von Seiten der Bundesregierung hier keine konkreten Hilfen zu erwarten!